



RICHTLINIE

des Bezirks Niederbayern zur Förderung der Sozialpsychiatrischen Dienste

Nach Art. 82 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze (AGSG) erlässt der Bezirk Niederbayern die nachfolgenden Richtlinien zur Förderung der Sozialpsychiatrischen Dienste.

Der Bezirk Niederbayern gewährt nach Maßgabe dieser Richtlinien und der allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen Zuwendungen für Maßnahmen der ambulanten Hilfen im Bereich Sozialpsychiatrischer Dienste. Die Förderung erfolgt ohne Rechtsanspruch im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

1. Zweck der Förderung

Die Sozialpsychiatrischen Dienste sind notwendiger Teil der Versorgung psychisch kranker Menschen. Durch eine möglichst umfassende Beratung und Betreuung sollen sie eine Ausgliederung psychisch Kranker und Behinderter aus der Gesellschaft verhindern und die Wiedereingliederung unterstützen.

2. Gegenstand der Förderung

Gefördert werden:

Die Personalkosten der bewilligten Fach- und Verwaltungskräfte, die Sachkosten und die Kosten der Erstausrüstung.

3. Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger sind die Verbände der freien Wohlfahrtspflege und die ihnen angeschlossenen Organisationen sowie die kreisfreien Städte, Landkreise und Bezirke, soweit geeignete, dem Bedarf entsprechende Einrichtungen aus dem Bereich der freien Wohlfahrtspflege nicht vorhanden sind, erweitert oder geschaffen werden können.

Ferner sind Zuwendungsempfänger bereits bestehende kommunale Einrichtungen.

4. Fördervoraussetzungen

4.1 Die Sozialpsychiatrischen Dienste sollen sich schwerpunktmäßig der Beratung und Begleitung chronisch psychisch kranker Menschen widmen und entsprechend ihrer Personalausstattung und den örtlichen Bedürfnissen die Aufgaben laut Rahmenleistungsbeschreibung für Sozialpsychiatrische Dienste in Bayern erfüllen.

Der Zuwendungsgeber legt im Benehmen mit dem Zuwendungsempfänger Aufgabenschwerpunkte für den Sozialpsychiatrischen Dienst in einer Zielvereinbarung fest. Darüber hinaus können die sonstigen Aufgaben im Rahmen der vorhandenen Personalausstattung erfüllt werden.

4.2 In einem Sozialpsychiatrischen Dienst soll grundsätzlich folgende personelle Mindestbesetzung vorhanden sein:

- 2,0 Fachkräfte (mindestens 0,5 Psychologe/-in, mindestens 1 Sozialpädagoge/-in mit Diplom- oder Bachelor-Abschluss sowie andere psychiatrische Fachkräfte, insb. Fachpflegekraft Psychiatrie)
- 0,5 Verwaltungskraft.

In den Diensten neu beschäftigte Fachkräfte sollen innerhalb des ersten Jahres für die Dauer von mindestens einem Monat in örtlichen psychiatrischen Krankenhäusern/Abteilungen hospitieren.

Außenstellen sollen mit mindestens einer Fachkraft (Vollzeitstelle) ausgestattet werden und sind einem Dienst fachlich und organisatorisch zuzuordnen.

Für die Fachkräfte soll eine qualifizierte Fort- und Weiterbildung angestrebt werden. Die Supervision der Fachkräfte ist sicherzustellen.

4.3 Die Mitarbeit in bestehenden Verbundstrukturen der Gemeindepsychiatrie wird vorausgesetzt.

Ein räumlicher und verwaltungsmäßiger Verbund mit anderen Beratungsstellen, vor allem Psychosozialen Suchtberatungsstellen, soll - soweit fachlich sinnvoll - gesucht werden (alle in demselben Einzugsgebiet tätigen Dienste und Beratungsstellen sollen ihre Maßnahmen aufeinander abstimmen und eng zusammenarbeiten).

- 4.4 Die Öffnungszeiten der Beratungsstellen sind entsprechend dem Bedarf der Ratsuchenden festzulegen, von Montag bis Freitag ist eine tägliche Öffnung zu festen Zeiten erforderlich (mindestens 25 Stunden wöchentlich). Für Berufstätige sind wöchentliche Abendsprechstunden durchzuführen. Kontaktangebote und Gruppenarbeit sollen auch abends und an Wochenenden ermöglicht werden.
- 4.5 Die Zuwendungsempfänger können sich im Rahmen ihrer fachlichen und rechtlichen Möglichkeiten ergänzende Leistungsbereiche anderer Leistungsträger erschließen. Finden Finanzierungsbeiträge Dritter statt, ist hierzu Transparenz herzustellen. Finanzierungsbeiträge Dritter haben keine Auswirkungen auf die hier zugrunde gelegte Förderung der SPDIs bzw. auf die in der Rahmenleistungsbeschreibung hinterlegten Kernleistungsbereiche.

5. Art und Umfang der Förderung

5.1 Art der Förderung

Die Zuwendung wird als Festbetragsfinanzierung (Förderpauschale) im Wege einer Projektförderung gewährt.

Zuwendungsfähige Ausgaben sind:

- die für eine berücksichtigungsfähige Fach- und Verwaltungskraft entstehenden Personalkosten
- die Sachkosten und
- die Kosten für die Erstausrüstung.

5.2 Umfang der Förderung

5.2.1 Personalkosten

(1) Die Förderung der Personalkosten für die Kräfte nach Nr. 4.2 der Richtlinien erfolgt nach Kostenpauschalen. Volle Kostenpauschalen stellen dabei auf die tariflich vereinbarte regelmäßige Wochenarbeitszeit des jeweiligen Zuwendungsempfängers ab. In der Zeit vom 01.01.2007 bis 31.12.2012 wird zwischen Personalaltbestand und Neueinstellungen unterschieden.

(2) Die Förderung der Personalkosten für die bis zum 31.12.2006 eingestellten Beschäftigten (Personalaltbestand) erfolgt nach Anlage 1a und 1b. Dabei wird für jeden Beschäftigten die zum 31.12.2006 gewährte Vergütungsgruppe beibehalten. Eine Höhergruppierung des bereits beschäftigten Personals wirkt sich nicht auf die Höhe der Förderung aus. Anstehende Altersstufenwechsel werden weiterhin berücksichtigt.

(3) Eine Neueinstellung liegt bei Beschäftigten vor, die ab dem 01.01.2007 eingestellt werden. Ein Personalwechsel innerhalb des jeweiligen Spitzenverbands der freien Wohlfahrtspflege in Bayern wird grundsätzlich nicht als Neueinstellung gewertet. Gefördert werden auf Berufsgruppen bezogene Personalkostenpauschalen auf der Grundlage der zum 1.1. des jeweiligen Jahres geltenden Entgelttabelle des TVöD im Tarifgebiet West im Bereich VKA (Anlage 2).

(4) Bei Beschäftigten, für die von der Agentur für Arbeit im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Personalkostenzuschüsse gezahlt werden, ist nur die Differenz (Pauschale abzüglich Zuschuss der Agentur für Arbeit) förderfähig.

(5) Für die Zeiten des Mutterschutzes ist zusätzlich zum Zuschuss des Arbeitgebers zum Mutterschaftsgeld die Personalkostenpauschale für eine Ersatzkraft zuwendungsfähig.

(6) Die Zuwendung verringert sich jeweils um ein Zwölftel für jeden vollen Monat des Bewilligungszeitraumes, in dem eine Kraft nach Nr. 4.2 der Richtlinien nicht beschäftigt ist oder keine Vergütung erhält.

(7) Beginnt oder endet das Arbeitsverhältnis im Laufe eines Monats, wird dieser nach Tagen abgerechnet.

(8) Die beratende Tätigkeit von Nervenärzten und/oder Psychiatern im Sozialpsychiatrischen Dienst – soweit es sich nicht um Leistungen nach den SGB V handelt – wird bezuschusst. Die Förderung ist auf bis zu 2 Wochenstunden bis zu 52,00 €/Stunde begrenzt.

5.2.2 Sachkosten

(1) Zu den tatsächlich entstehenden Sachkosten wird eine Förderpauschale in Höhe von 5.000,00 € je bewilligte (anteilige) Planstelle gewährt. Damit sind auch die Kosten für die Ergänzungs- und Ersatzausstattung abgegolten.

(2) Zu den Kosten der Erstausrüstung wird eine Förderpauschale in Höhe von 6.000,00 € je bewilligte (anteilige) Planstelle gewährt.

6. Antrags- und Bewilligungsverfahren

- 6.1 Der Bewilligungszeitraum ist das Kalenderjahr.
- 6.2 Der Träger des zu fördernden Sozialpsychiatrischen Dienstes reicht den Zuwendungsantrag beim zuständigen Bezirk ein.
Die örtliche Zuständigkeit des Bezirks richtet sich nach dem Gebiet, in dessen Bereich der Sozialpsychiatrische Dienst seinen Sitz hat.
- 6.3 Die Antragsstellung erfolgt mittels Formblatt nebst Anlagen bis spätestens 01. Dezember des Vorjahres.
- 6.4 Der Bezirk entscheidet über den Förderantrag und übersendet den Bescheid an den Träger des Sozialpsychiatrischen Dienstes; der zuständige Spitzenverband des Trägers erhält einen Abdruck des Bescheides.
- 6.5 Die Zuwendung wird in Raten als Abschlagszahlung im laufenden Haushaltsjahr ausgezahlt; die Schlusszahlung erfolgt bis Ende des laufenden Jahres.
- 6.6 Stellenänderungen:
Für Stellenerweiterungen, Stellenmehrungen und Stellenhebungen ist vorher das Einvernehmen des Bezirks herzustellen.
Personaländerungen sind rechtzeitig dem Bezirk mitzuteilen und das Benehmen herzustellen.

7. Verwendungsnachweis

- 7.1 Der Verwendungsnachweis besteht aus einem Beschäftigungsnachweis, einer Übersicht über die Einnahmen- und Ausgaben sowie einem Sachbericht. Der Beschäftigungsnachweis enthält Name, Vorname, Geburtsdatum, Vergütungs- oder Entgeltgruppe und die Beschäftigungszeit mit Vergütungsanspruch der im Bewilligungszeitraum angestellten Mitarbeiter.
Als Sachbericht dient die Leistungsdokumentation und Jahresstatistik der Dienste.
- 7.2 Der Nachweis über die Verwendung der Förderung ist vom Träger des Sozial-psychiatrischen Dienstes bis zum 1. März des Folgejahres in einfacher Fertigung dem Bezirk Niederbayern vorzulegen.
- 7.3 Die Erstellung des Verwendungsnachweises erfolgt unter Verwendung der Vordrucke.

8. Rückforderung der Förderung

- Der Zuwendungsgeber behält sich vor, die Zuwendung ganz oder teilweise zurückzufordern, wenn
- 8.1 der Zuwendungsempfänger die Fördermittel zu Unrecht, insbesondere durch unrichtige oder unvollständige Angaben erlangt hat;
- 8.2 die Fördermittel nicht für den vorgesehenen Zweck verwendet wurden oder die Fördervoraussetzungen (Nr. 4 der Richtlinien) wissentlich und ohne Angabe von Gründen nicht eingehalten wurden, insbesondere wenn dadurch die Qualität der Leistungserbringung (Nr. 9 der Richtlinien) offenkundig nicht mehr gewährleistet war;
- 8.3 die berücksichtigungsfähigen Kräfte nach Nr. 4.2 der Richtlinien im Bewilligungszeitraum ganz oder teilweise nicht beschäftigt waren oder keine Vergütung erhalten haben.

9. Qualitätssicherung

Der Sozialpsychiatrische Dienst ist zur Einhaltung der vereinbarten Qualität der Leistungserbringung verpflichtet. Den Rahmen hierzu bilden sowohl die Rahmenleistungsbeschreibung als auch die stattfindenden Zielvereinbarungsgespräche.

10. Prüfungsvereinbarung

Der Bezirk ist berechtigt, die Wirtschaftlichkeit und Qualität der Leistungen zu überprüfen.

11. Inkrafttreten

Diese Richtlinien treten mit Wirkung vom 01.01.2010 in Kraft.